

«Wir müssen für das Internetzeitalter einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln»

Genf will die Welthauptstadt für Internet Governance werden. Christine D'Anna-Huber hat den dort ansässigen Internetexperten Jovan Kurbalija danach gefragt, was das genau bedeutet und welche Aufgaben die soeben gegründete «Geneva Internet Platform» wahrnehmen wird.

asut: Was ist Internet Governance?

Jovan Kurbalija: Internet Governance ist die Verwaltung des Internets in technischer, politischer und organisatorischer Hinsicht. Es geht dabei um technische Infrastrukturen, aber auch um viele politische Aspekte der Informationsgesellschaft. Aufgaben, wie sie die Internetregistrierungsstelle ICANN wahrnimmt – Namen und Zahlen – gehören also ebenso dazu, wie Aspekte wie die Online-Privatsphäre, E-Commerce und Cybersicherheit, um nur ein paar wenige zu nennen. Internet Governance geht uns alle etwas an, weil das Internet einen grossen Einfluss darauf hat, wie wir unser tägliches Leben gestalten.



Jovan Kurbalija.

Foto: zVg.

Weshalb ist Internet Governance überhaupt nötig? Ist das Internet nicht dieses einmalige, umfassende, konsensbasierte und kooperative System, ein freier Raum, der allen offen steht?

Selbst ein sehr offenes System braucht ein gewisses Mass an Verwaltung. Die Art und Weise wie das Internet bisher verwaltet wurde, darf als grosser Erfolg gelten: In ihren Anfängen hat die Internet Governance massgeblich zum Wachstum des Internets beigetragen. Aber wenn das Internet weiterhin wachsen und ein offener, lebendiger und allen zugänglicher Raum für menschliche Kreativität bleiben soll, dann muss sie sich der Entwicklung anpassen und sich verändern: Internet, mit seinen drei Milliarden Nutzern weltweit, ist längst zu einer kritischen Infrastruktur der modernen Gesellschaft geworden. Das stellt ganz andere Anforderungen an die Internet Governance, sie wird mit neuen Risiken, Gefahren und Verletzlichkeiten konfrontiert, muss sich beispielsweise mit Fragen wie Cyber Security, Online-Privatsphäre und dem Missbrauchspotenzial von Internet auseinandersetzen.

Die Internet Governance, so wird gesagt, stehe an einer Wegkreuzung: Ein Weg führt zu einem engen, zentralisierten Ansatz, der andere zu einem breitangelegten Multistakeholder-Modell. Sehen Sie das auch so?

Wir stehen an einem Scheideweg, das ist richtig. Grund dafür ist das schnelle Wachstum des Internets und natürlich auch, dass die Frage, wie und nach welchen Regeln das Internet genutzt wird, nach den Enthüllungen von Edward Snowden viel stärker ins Bewusstsein der globalen Öffentlichkeit geraten ist. Jetzt gibt es zwei entgegengesetzte Optionen. Die eine ist eine zentralisierte Governance durch eine UNO-ähnliche internationale Internet Organisation, auf der anderen Seite steht die Möglichkeit die heutige eher dezentrale und nicht-hierarchische Art der Internetverwaltung weiterzuführen.

Realistischerweise müssen wir davon ausgehen, dass sich eine Art Kompromiss zwischen diesen beiden Extremen herauskristallisieren wird, eine Mischform, die den pulsierenden Multistakeholder-Ansatz beibehält und ihn wo nötig verbessert – grössere Transparenz, wirksamere Kontrollmechanismen –, die gleichzeitig aber auch den Regierungen eine wichtigere Rolle einräumt, insbesondere in Bezug auf Fragen, die von öffentlichem Interesse sind und für deren Umsetzung nur Regierungen bürgen können, wie dem Schutz kritischer Infrastrukturen oder dem Respekt der Menschenrechte.

Von aussen gesehen ist dieses vielfältige Multistakeholder-Ökosystem sehr verwirrend: Eine Vielzahl von Akteuren, eine Unmenge von wichtigen Tagungen, internationalen Konferenzen und Debatten rund um die Welt. Wie soll man da den Überblick behalten?

Das ist eines der Hauptprobleme, insbesondere für kleine Staaten und Entwicklungsländer. Es gibt heute mehr als hundert verschiedene Anlässe, an denen Fragen rund um die Internet Governance behandelt werden, dazu jede Menge von Konferenzen und politischen Prozessen. Selbst grosse Staaten mit gut ausgebauten diplomatischen Diensten können nicht alles verfolgen. Deshalb ist eine der Gefahren der heutigen Internet Governance sicher, dass die Leute sich ausklinken, weil sie sich nicht mehr zurechtfinden. Und das ist genau der Punkt, wo die Geneva Internet Platform (GIP) ins Spiel kommt: Eine ihrer Aufgaben wird es sein, eine gewisse kognitive Ordnung in diesen wild wuchernden Bereich zu bringen, damit die Leute wieder verstehen, was hier alles vor sich geht. Es wird darum gehen, Interessevertretern und Entscheidungstragenden klare Informationen bereitzustellen, leicht verständliche, aber gleichzeitig auch nicht allzu stark vereinfachte Wissensgrundlagen. Das ist eine Herausforderung, es gibt keine Patentrezepte.

An wen richtet sich diese Plattform?

Die GIP wird den verschiedenen Akteuren dabei helfen, was in der Internet-Governance-Debatte vor sich geht, wer was tut und wie sie ihrer Stimme Gehör verschaffen können. Passieren soll das

indem wir Schulungen anbieten, verschiedene Veranstaltungen und Informationsanlässe organisieren. Wir bieten beispielsweise jeden ersten Dienstag des Monats die «Geneva Internet Briefings» an, in denen wir zusammenfassen, was im Monat zuvor alles passiert ist, was im kommenden Monat auf der Agenda steht und welches die wichtigsten Trends sind. In nur einer Stunde können sich die Leute also auf den letzten Stand bringen.

Warum soll gerade Genf eine wichtige Drehscheibe im Bereich Internet Governance werden und was hat die Schweiz damit zu tun?

Genf ist schon heute eine der wichtigsten Drehscheiben für Internet Governance. Gemäss einer von uns durchgeführten Studie, ist Genf der Ort, an dem über 50 Prozent aller politischen Entscheide gefällt werden, die mit Internet zu tun haben, sei es im Bereich der Telekommunikation, der Menschenrechte, des E-Commerce, der Standardisierung oder in weiteren Bereichen. ICANN, als wichtige Instanz, ist zwar nicht hier basiert, aber sie ist in Genf vertreten. Genf drängt sich also als Standort auf, wenn es darum geht, all diese verstreuten Punkte zu verbinden und in eine übersichtliche Ordnung zu bringen.

Die Schweiz ihrerseits spielt in der Internet Governance bereits heute eine wichtige Rolle. Sie leistet wertvolle Dienste, indem sie den unzähligen Akteuren eine neutrale Plattform zur Verfügung stellt, wo Fragen rund um die Internet Governance debattiert werden können. Sie ist verschiedentlich als Gastgeberland des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft aufgetreten und hat massiv in die Entwicklung von Kompetenzen in Drittwelt- und Schwellenländern investiert. Und schliesslich gibt das politi-

«Die Schweiz leistet wertvolle Dienste, indem sie eine neutrale Plattform zur Verfügung stellt, wo Fragen rund um die Internet Governance debattiert werden können.»

sche System der Schweiz, das auf Inklusion und das Bottom-up-Prinzip baut, für die Zukunft der Internet Governance ein paar wertvolle Pisten.

Im Zug des NSA-Überwachungsskandals wurde verschiedentlich nach einer Nationalisierung des Internets gerufen oder wenigstens nach einer stärkeren nationalen Kontrolle von Internetressourcen und Nutzerdaten. Sehen Sie solche Bestrebungen als Bedrohung des globalen Internets?

Die Enthüllungen von Edward Snowden haben das Vertrauen ins Internet und in die Internet Governance erschüttert. Das alles erhöht auch das Risiko einer Fragmentierung des Internets. Verschiedene Regierungen und Nationalparlamente haben sich deshalb die Frage gestellt, ob sie die digitalen Güter und die Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger im Internet schützen können. Und genau das ist die grosse Herausforderung: Es muss uns gelingen, ein globales System zu schaffen, welches die legitimen Bedenken der Staaten und der Privatnutzer weltweit ernst nimmt – andernfalls werden verschiedene Länder damit beginnen, selber Massnahmen zu ergreifen, um das Internet mit ihren nationalen Gesetzen abzustimmen. Brasilien, das von den Snowden-Enthüllungen ja ganz besonders betroffen war, war mit diesem Dilemma konfrontiert. Eine der Handlungsoptionen der brasilianischen Regierung war es, anzuordnen, dass Facebook, Twitter und Google zur Verwaltung der Daten brasilianischer Bürgerinnen und Bürger ausschliesslich in Brasilien basierte Server hätten verwenden dürfen. Diese Lösung hätte die Kosten für Internet-Dienstleistungen erheblich erhöht. Vorläufig hat das brasilianische Parlament sich nun doch dagegen entschieden, eine Nationalisierung des Internets zu verfolgen und setzt sich stattdessen

«Es muss uns gelingen, ein globales System zu schaffen, welches die legitimen Bedenken der nationalen Regierungen ernst nimmt und entsprechende Lösungen bietet.»

für die Schaffung einer internationalen Ordnung einzusetzen, welche den Schutz der durch die brasilianische Gesetzgebung garantierten Rechte gewährleisten soll. Meiner Meinung nach ist das die bessere Option, auch für die Schweiz und alle anderen Länder und Volkswirtschaften, die stark vom Internet abhängig sind.

Das dürfte, mit so vielen Stakeholdern, eine schwierige Übung werden.

Es wird bestimmt nicht einfach sein und wir können uns auf lange Verhandlungen gefasst machen.

Für Pessimisten ist es längst zu spät: Das Internet ist in der Hand der USA und einiger grosser US-Unternehmen und uns allen bleibt nichts anderes übrig, als uns damit abzufinden oder auf ein offenes Internet, wie es heute noch existiert, zu verzichten.

Es gibt viele Gründe dafür, pessimistisch zu sein. Ich sehe aber auch ein paar Gründe für Optimismus und sie haben mit der Interdependenz der Internetwirtschaft zu tun. Schwindendes Vertrauen ins Internet könnte dazu führen, dass die Nutzer weniger willig sind, ihre Daten zu teilen. Sind weniger Daten verfügbar, dann sinken die Gewinne der Online-Unternehmen. Für diese ist es deshalb überlebenswichtig, sich für ein robustes globales Netz einzusetzen. Ohne Vertrauen lässt sich das nicht machen. Mit einem ähnlichen Dilemma sehen sich Regierungen konfrontiert. Einige von ihnen mögen versucht sein, den Zugang zu Internet aus politischen Gründen einer Zensur zu unterziehen oder sogar ganz zu sperren, wie es 2011 in Ägypten geschehen ist. Doch weil Internet auch ein ganz wesentlicher Faktor für das soziale und wirtschaftliche Wohl und für Investitionen ist, dürften sich sowohl der Privatsektor als auch Regierungen zunehmend davor hüten, Entscheide zu treffen, die ihre eigenen Interessen untergraben. Mein Optimismus stützt sich auf die Hoffnung, dass in dieser Hinsicht ein «aufgeklärtes Eigeninteresse» die Überhand gewinnt.

Ist Privatsphäre im Internetzeitalter ein Ding der Vergangenheit?

Nein, das ist sie nicht. Der Kampf für die Privatsphäre ist der Kampf für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft. Das ist für mich

einer der wichtigsten und komplexesten Punkte der Internet Governance. Wir haben in gewisser Weise stillschweigend darin eingewilligt, dass wir im Internet Dienstleistungen nicht mit Geld, sondern mit unseren persönlichen Daten bezahlen. Ich zum Beispiel schätze die Bequemlichkeit des Übersetzungsprogramms von Google und gebe dafür ein Stück meiner Privatsphäre preis. Das grundsätzliche Problem dabei ist aber, dass solche Transaktionen nicht wirklich transparent sind, weil wir nie genau wissen, was mit unseren Daten weiter geschieht.

Ich bin deshalb überzeugt, dass wir mit der Hilfe unserer Regierungen eine Art von neuem Gesellschaftsvertrag aushandeln werden müssen, der es Bürgerinnen und Bürgern erlauben wird, informierte Entscheidungen zu treffen. Das könnte am Ende tatsächlich die Entscheidung sein, ein Stück Privatsphäre aufzugeben, manche werden das tun und manche nicht. Aber die heutige Situation mit ihren völlig undurchsichtigen Abmachungen ist auf die Dauer nicht gesund, weder für die Internetnutzer noch für die Online-Unternehmen, die aus genau diesem Grund heute bereits einen gewissen Backlash spüren.

Selbst die «bösen grossen Unternehmen» könnten sich am Ende also für Datenschutz und Privatsphäre einsetzen?

Es ist in ihrem Interesse, weiterhin im Business zu bleiben und das geht nur, wenn sie das Vertrauen der Nutzer in die Art und Weise, wie sie mit deren Daten umgehen, zurückgewinnen können. Aber ich denke nicht, dass sich diese Problematik durch kleine Ad-hoc-Lösungen aus der Welt schaffen lässt – dazu braucht es eine sehr viel grundlegendere Diskussion.

Die «South by Southwest», eines der weltweit grössten Internet-Treffen, das kürzlich in den USA stattfand, hat das sehr anschaulich gezeigt. Edward Snowden wurde von Moskau aus zugeschaltet und erhielt für seine Rede eine stehende Ovation von Tausenden von Programmierern. Unmittelbar danach nahmen dieselben Leute an einer Session teil, wo es um Data Mining ging und darum, wie sich durch die Manipulierung von Nutzerdaten möglichst viel Geld machen lässt. Die Trennlinie zwischen Sicherheitsbedenken und dem wirtschaftlichem Nutzen von

Internetdaten ist nicht immer ganz klar. Online-Unternehmen werden die Art und Weise, wie sie mit unseren Daten umgehen und wie sie unsere Daten verwerten, sehr viel transparenter machen müssen.

Es sind so viele, teilweise widersprüchliche Interessen im Spiel. Und doch glauben Sie daran, dass im Interesse der Internet Governance ein Kompromiss möglich ist?

Der nächste Schritt wird die NETmundial in Brasilien sein. Dort wird sich die Diskussion über die Zukunft des Internets einerseits hauptsächlich darum drehen, dass die USA sich dazu entschieden haben, die Aufsicht über die Internet-Verwaltung ICANN aufzugeben und andererseits um den entschiedenen Vorstoss Brasiliens für den Schutz der Online-Privatsphäre. Ich hoffe, dass sich in Sao Paolo die ersten Umriss eines künftigen Kompromisses abzeichnen werden. Doch die Frage einer neuen Internet-Governance-Vereinbarung wird mehr Zeit benötigen und wird noch während vielen Jahren Gegenstand von Verhandlungen sein. □

(Übersetzung aus dem Englischen: Christine D'Anna-Huber)

Jovan Kurbalija

Jovan Kurbalija ist der Gründungsdirektor der DiploFoundation, die Diplomaten in Sachen Internet Governance trainiert. Er ist vormaliger Diplomat mit beruflicher und akademischer Laufbahn im Bereich des Internationalen Rechts, der Diplomatie und der ICT. 1992 hat er an der Mittelmeerakademie für diplomatische Studien in Malta die Abteilung «IT und Diplomatie» geschaffen, die nach zehn Jahren erfolgreicher Lehr-, Forschungs- und Publikationstätigkeit in die von der Schweiz und von Malta finanzierte DiploFoundation umgewandelt wurde. Jovan Kurbalija leitet Onlinevorlesungen zu ICT und Diplomatie und ist Gastprofessor an verschiedenen Universitäten und Lehrinstituten in der Schweiz, den USA, Österreich, Grossbritannien, Holland und Malta. Sein Buch «An Introduction to Internet Governance» wurde auf neun Sprachen übersetzt und wird weltweit an Unversitäten als Lehrbuch eingesetzt. Die DiploFoundation trägt nun auch die neu gegründete «Geneva Internet Platform».